

Aus der Krise in die Krise? WSI-Verteilungsbericht 2009

Claus Schäfer

Was Ende 2008 schon zu befürchten war, verdichtet sich heute immer mehr zur Gewissheit: Selbst aus der weltweiten Finanzmarktkrise und ihren Folgen will die nationale Politik scheinbar nicht lernen, dass eine Hauptursache die steigende Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung war. Anstatt dies zu reflektieren, werden zurzeit die Weichen gestellt für noch mehr soziale Polarisierung durch anhaltende oder sogar verschärfte Umverteilung von unten nach oben – und damit auch für die weitere „nachhaltige“ Schwächung von Binnenmarkt und Wachstum.

1 Die gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung

Gesamtwirtschaftliche Verteilungsquoten wie die Lohnquote sind nur sehr grobe Verteilungsmaße; ihre „übliche“ Aussagefähigkeit basiert zudem auf einer meist unausgesprochenen Prämisse: Dass das Volkseinkommen wächst und dass eine steigende oder sinkende Lohnquote folglich einen mehr oder weniger gerechten Anteil des Produktionsfaktors Arbeit am Wohlstand signalisiert. Diese Wachstumsprämisse traf 2008 gerade noch zu, obwohl einzelne Volkseinkommens-Komponenten schon wegen der Krise zu sinken begannen. Auf dieser Wachstumsbasis, noch getragen vom Aufschwungsende, entwickelte sich 2008 die Lohnquote brutto wie netto nicht ganz so negativ (Tabelle 1 und 2) wie im WSI-Verteilungsbericht 2008 vermutet wurde (Schäfer 2008). Zu der positiveren Entwicklung beigetragen haben ein kleiner Beschäftigungszuwachs im letzten Aufschwungjahr und die in Vorjahresvergleichen relativ kräftigen, „nachholenden“ Tariferhöhungen der Nominallohne (ausführlich: Bispinck 2009a). Sie wurden allerdings als effektiv ausgezahlte Bruttolöhne und vor allem als verfügbare Nettolöhne sowohl durch Anrechnungen und steigende Abgaben (Tabelle 3) als auch durch Preissteigerungen erneut relativiert (Brenke 2009). Ohnehin ist der Lohnzuwachs in Deutschland im internationalen Vergleich – wie schon in der Vergangenheit – auch 2008 „bescheiden“ ausgefallen (Statisti-

Tabelle 1: Bruttolohn- und -gewinnquote in Deutschland – Das volkswirtschaftliche Einkommen aller Sektoren vor der öffentlichen Umverteilung

	Volkseinkommen	Tatsächliche Bruttolohnquote ³⁾	Tatsächliche Bruttogewinnquote	Arbeitnehmerquote ⁴⁾	Strukturbereinigte Bruttolohnquote ⁵⁾
	Mrd. €	%	%	%	%
– alte Bundesländer ¹⁾ –					
1960	122,8	60,1	39,9	77,2	65,0
1970	274,7	67,3	32,7	83,4	67,3
1980	591,0	75,2	24,8	88,3	71,0
1990	987,2	69,8	30,2	89,6	65,0
1991	1.065,4	70,0	30,0	89,6	65,2
– alte und neue Bundesländer ²⁾ –					
1991	1.192,6	71,0	29,0	90,9	71,0
1995	1.397,2	71,4	28,6	90,0	72,1
1996	1.417,7	71,0	29,0	90,0	71,7
1997	1.438,6	70,3	29,7	89,8	71,2
1998	1.466,1	70,4	29,6	89,8	71,3
1999	1.487,3	71,2	28,8	90,0	71,9
2000	1.524,4	72,2	27,8	90,0	72,9
2001	1.560,9	71,8	28,2	89,9	72,6
2002	1.576,1	71,6	28,4	89,8	72,5
2003	1.600,0	70,8	29,2	89,5	71,9
2004	1.672,3	68,0	32,0	89,1	69,4
2005	1.694,7	66,7	33,3	88,8	68,3
2006 ⁷⁾	1.778,1	64,6	35,4	88,7	66,2
2007 ⁷⁾	1.840,3	64,2	35,8	88,8	65,7
2008 ⁷⁾	1.886,0	65,0	35,0	89,0	66,4
2009 1Hj. ⁷⁾	856,0	68,3	31,7	89,0	69,8

1) Angaben für 1960 nach dem aufgegebenen deutschen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ab 1970 nach dem – für Westdeutschland zurückgerechneten – Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). – 2) Angaben auf Basis des ESVG. – 3) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbstständiger Arbeit (im ESVG: des Arbeitnehmerentgelts) einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung am Volkseinkommen. – 4) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (Inland). – 5) Bereinigt vom Einfluss, der sich aus der Änderung der Erwerbstätigenstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 bzw. 1991 wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. – 6) Für die alten Bundesländer 1970 = 100, für Deutschland 1991 = 100. – 7) Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Stand: August 2009). Berechnungen des Autors.

WSI MITTEILUNGEN

sches Bundesamt 2009a, S. 33): Die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde stiegen im Euro-Währungsgebiet gegenüber 2007 durchschnittlich um 3,4 %; in Deutschland nur um 2,5 %. Unterhalb des deutschen Wertes lag nur noch Schweden mit einer Veränderungsrate von –1,3 %.

Claus Schäfer, Dr., ist Leiter der Abteilung WSI in der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkt: Verteilungsanalyse von Einkommen und Lebenslagen. e-mail: claus-schaefer@boeckler.de

Seit Anfang 2009 gilt nun die *Wachstumsprämisse* der quotenbezogenen Verteilungsargumente nicht mehr: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpft und mit ihm das Volkseinkommen. Allerdings sinken zunächst nur die Gewinn- und vor allem die Vermögenseinkommen, was rein rechnerisch zu einer steigenden Lohnquote führt. Dieser Effekt jedoch zeigt keineswegs die Wohlstandmehrung von Arbeitnehmern und ihren Familien an. Im ersten Halbjahr 2009 sind die Gewinn- und Vermögenseinkommen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene um rund 66 Mrd. € eingebrochen, während die Bruttolöhne (Arbeitnehmerentgelte einschließlich Arbeitgeberbeiträge im Sinn der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)) trotz steigender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit noch um gut 2 Mrd. € anstiegen (Statistisches Bundesamt 2009b). Die Verluste an Gewinn- und Vermögenseinkommen betreffen überwiegend die Kapitalgesellschaften im Produktions- und Finanzbereich, während sie bei den privaten Haushalten im Rahmen des privat verfügbaren Volkseinkommens netto mit knapp minus 7 Mrd. € bisher nur verhalten angekommen sind. Aber netto haben darunter nach Abzug von wieder erhöhten Lohnsteuern und Sozialabgaben (Tabelle 3) auch die Löhne schon gut 3 Mrd. € im ersten Halbjahr 2009 verloren.

Das private Binnennachfragepotenzial ist also bereits krisenbedingt noch schwächer als schon zuvor. Und es wird in absehbarer Zeit noch schwächer werden, wenn eine wachsende Anzahl der derzeitigen Kurzarbeiter, wie zu befürchten ist, aufgrund unzureichender Nachfrage in Arbeitslosigkeit übergeht. Die im ersten Halbjahr 2009 getroffenen Tarifierhöhungen sowie die aus 2008 nachwirkenden Tarifvereinbarungen werden diesen Schwächungsprozess noch einige Zeit abfedern können (Bispinck 2009b). Und auch die außerordentlich hohen Finanzpolster, die gerade die Produktionsunternehmen unter den Kapitalgesellschaften in den letzten Jahren aus Gewinnen und anderen Finanzierungsquellen gebildet haben, werden vielleicht vorübergehend noch eine den Abschwung dämpfende Wirkung haben.

Mit Blick auf die Unternehmensgewinne im engeren Sinn fasst die Deutsche Bundesbank ihre letzte ausführliche Analyse der eigenen Unternehmensbilanzstatistik für 2007 wie folgt zusammen: „Die

**Tabelle 2: Nettolohn- und -gewinnquote in Deutschland¹⁾²⁾
Einkommen der privaten Haushalte nach öffentlicher Umverteilung
– in % –³⁾⁴⁾**

Jahr	Netto-Lohnquote ⁵⁾		Nettoquote monetäre Sozialleistungen ⁴⁾		Netto-Gewinnquote ⁵⁾	
	A ³⁾	B ⁴⁾	A ³⁾	B ⁴⁾	A ³⁾	B ⁴⁾
	– alte Bundesländer – ¹⁾					
1960	55,8	43,7	20,9	16,4	24,4	19,1
1970	55,7	44,4	21,2	16,9	25,9	20,6
1980	52,7	43,8	26,2	21,8	24,3	20,2
1990	48,5	38,5	24,8	19,7	29,7	23,6
	– alte und neue Bundesländer – ²⁾					
1991	48,1	40,3	21,8	18,3	29,8	25,0
1995	44,5	37,9	23,8	20,2	31,2	26,6
1996	43,4	37,1	25,3	21,6	30,9	26,4
1997	42,0	36,0	25,4	21,8	32,1	27,5
1998	42,3	36,1	25,5	21,8	31,8	27,2
1999	42,6	36,8	25,7	22,2	31,2	27,0
2000	43,1	37,4	25,7	22,3	30,8	26,7
2001	42,9	37,8	25,8	22,7	31,0	27,3
2002	42,7	37,6	26,5	23,3	30,4	26,7
2003	41,6	36,8	26,8	23,6	31,2	27,5
2004	42,0	36,1	26,3	22,6	31,3	26,8
2005	41,2	35,5	25,9	22,3	32,6	28,1
2006 ⁸⁾	40,5	34,0	25,3	21,3	33,8	28,5
2007 ⁸⁾	41,1	33,9	24,6	20,3	34,0	28,1
2008 ⁸⁾	41,3	34,1	24,0	19,9	34,4	28,4
2009 1.Hj. ⁸⁾	38,4	34,9	25,5	23,1	35,8	32,5

- 1) Bis 1990: Angaben nach dem aufgegebenen System der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (dVGR). –
2) Ab 1991: Angaben auf Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). –
3) Spalte A: In % des verfügbaren Einkommens aller privaten Haushalte nach der öffentlichen Umverteilung. Die drei Quoten der privaten Haushalte addieren sich nicht genau zu 100 % wegen statistischer Abgrenzungsprobleme. –
4) Spalte B: In % des Volkseinkommens aller Sektoren vor der öffentlichen Umverteilung gemäß Tabelle 1. Die drei Einkommensquoten der privaten Haushalte stellen zusammen zwar den Großteil des gesamtwirtschaftlichen Volkseinkommens; daneben sind aber auch noch die Einkommen von Unternehmen und Staat zu berücksichtigen. –
5) Nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben. –
6) Im ESVG: Empfangene monetäre Sozialleistungen und übrige laufende Transfers von Staat und anderen Sektoren (ohne Schadensversicherungsleistungen) abzüglich: Lohnsteuer auf Pensionen, Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und Verwaltungsgebühren. –
7) Diese Kategorie wird vom Statistischen Bundesamt nicht explizit ausgewiesen: Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen plus saldierte Vermögenseinkommen, abzüglich: direkte Steuern sowie Sozialbeiträge auf private Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern: veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuer vom Ertrag, Vermögensteuer). –
8) Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Stand: August 2009).
Berechnungen des Autors.

WSI MITTEILUNGEN

Gewinne im Unternehmenssektor haben sich nochmals deutlich verbessert. Die Brutto-Umsatzrendite erreichte mit 5,5 % einen neuen Höchstwert. An der positiven Ertragsentwicklung nahmen alle hier untersuchten Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme des Einzelhandels teil ... Besonders gut schnitten erneut die stärker exportorientierten Unternehmen ab. Das höhere Jahresergebnis wurde wie schon in den Vorjahren auch zur Aufstockung der haftenden Basis genutzt. Hinzu kam eine vermehrte Eigenkapitalzuführung von Außen. Die Eigenmittelquote legte deshalb erneut kräftig zu und erreichte mit 25,5 % ebenfalls einen neuen Höchststand. Alles in allem haben die deutschen Unternehmen in den zurückliegenden guten Konjunkturjahren ihre finanzielle Widerstandsfähigkeit erheblich verstärkt. Dieses Polster bietet jetzt Schutz gegen die zuletzt immer deutlicher gewordenen Belastungen aus dem scharfen globalen Ab-

schwung und der anhaltenden Finanzmarktkrise“ (Deutsche Bundesbank 2009a, S. 33).

Diese Bemerkung bezieht sich wie gesagt auf das noch krisenfreie Jahr 2007, formuliert wurde sie jedoch im Januar 2009, also in Kenntnis der 2008 erfolgten Entwicklungen. Danach gab es 2008 zwar krisenbedingte Verluste im deutschen Bankensektor mit einem Minus beim Jahresüberschuss vor Steuern von 45,5 Mrd. € (Deutsche Bundesbank 2009b). Aber bei den Produktionsunternehmen „fielen (2008) die einbehaltenen Gewinne und die ‚verdienten‘ Abschreibungen etwas höher aus als 2007“ (Deutsche Bundesbank 2009c, S. 43). Deshalb ist es nicht überraschend, wenn die Bundesbank noch im August dieses Jahres eine Pressemeldung mit dem Titel „KMU in Deutschland gut für die Krise gewappnet“ schreibt. Sie bekräftigt darin für kleine und mittlere – wie für große – Unternehmen die oben zitierte

Tabelle 3: Abgabenbelastung von Arbeits- und Kapitaleinkommen der privaten Haushalte in Deutschland
– in % –¹⁾

Jahr	Lohnsteuerbelastung der Bruttolöhne und -gehälter	Beitragsbelastung der Bruttolöhne und -gehälter	Belastung durch direkte Steuern ²⁾ auf Gewinn- und Vermögenseinkommen	Belastung durch Sozialbeiträge auf Gewinn- und Vermögenseinkommen
– alte Bundesländer –				
1960	6,3	9,4	20,0	3,0
1970	11,8	10,7	16,1	2,9
1980	15,8	12,8	15,3	3,9
1990	16,2	14,2	9,8	3,0
– alte und neue Bundesländer –				
1991	16,3	14,3	8,1	3,1
1995	18,7	15,6	4,9	3,5
1996	19,3	16,0	4,2	4,0
1997	19,5	16,8	3,4	3,7
1998	19,5	16,6	4,7	3,6
1999	19,6	16,4	6,2	3,5
2000	19,4	16,1	7,7	3,5
2001	18,6	16,0	7,7	3,4
2002	18,7	16,1	6,7	3,4
2003	18,7	16,4	5,6	3,2
2004	17,5	16,5	5,4	3,2
2005	17,2	16,7	5,9	2,9
2006 ⁴⁾	17,5	17,2	7,1	2,8
2007 ⁴⁾	17,9	17,1	8,3	2,7
2008 ⁴⁾	18,2	17,3	8,8	2,5
2009 1.Hj. ⁴⁾	18,4	18,4	8,6	3,1

1) In % der jeweiligen Bruttoeinkommen. –

2) Veranlagte Einkommensteuer; nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; Vermögensteuer. –

3) Pflicht- und freiwillige Beiträge. –

4) Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Stand: August 2009).
Berechnungen des Autors.

WSI MITTEILUNGEN

Ausgangslage von 2007 noch einmal für verschiedene Betriebsgrößen: „In den Jahren 2005 bis 2007 haben die kleinen und mittelgroßen Unternehmen (weniger als 50 Mio. € Umsatz) bei einem insgesamt günstigen konjunkturellen Umfeld ihre Ertragsituation nochmals deutlich verbessert. Das Jahresergebnis vor Gewinnsteuern nahm im Jahresdurchschnitt mit 10 % für sich betrachtet recht deutlich zu, wenn auch der Anstieg bei den Großunternehmen mit 22 % noch stärker ausfiel ... Die Bruttoumsatzrendite erhöhte sich ... auf 6 % im Jahr 2007; dies ist der mit Abstand höchste Wert seit Beginn der (statistischen) Reihe im Jahr 1997 ... Die Bilanzsumme der KMU ist im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2007 um 4,25 % gewachsen. Dahinter stand eine kräftige Aufstockung der Eigenmittel von 12 % pro Jahr ... Der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme hat sich deshalb beträchtlich von 14,75 % auf 19,5 % erhöht“ (Deutsche Bundesbank 2009d).

2 Löhne in einzelnen Beschäftigungsverhältnissen

Von solchen Zuwachsraten waren die Einkommen aus Arbeit in den letzten Jahren weit entfernt – selbst im letzten Aufschwungsjahr. Dies zeigt auch die Darstellung der Lohnentwicklung in Abhängigkeit von den inzwischen sehr unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen, wie sie für die drei wichtigsten Kategorien Vollzeit, sozialversicherungspflichtige Teilzeit und nichtsozialversicherungspflichtige Minijobs seit Kurzem vom Statistischen Bundesamt ermöglicht wird. Die entsprechende vierteljährliche Verdienststatistik ist ab 2008 (und rückwirkend ebenso für 2007) noch einmal verbessert worden: Das Statistische Bundesamt (2009b) hat generell die Abgrenzung der Wirtschaftszweige auf die Wirtschaftszweigesystematik der Ausgabe 2008 umgestellt und dabei den Erfassungsbereich von Beschäftigungsverhältnissen und ihren Merkmalen erweitert. Der erstreckt sich jetzt u.a. auch auf die in den

Wirtschaftszweigen „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ „Erziehung und Unterricht“ beschäftigten Beamtinnen und Beamten.

Die in *Tabelle 4 und 5* ausgewiesenen Durchschnittswerte für Westdeutschland (mit ganz Berlin) und Ostdeutschland (ohne Berlin) spiegeln diese Neuerung für 2008 wider, einschließlich der angegebenen Veränderungsdaten im Vergleich zu 2007. Die im letztjährigen WSI-Verteilungsbericht (Schäfer 2008) verwendeten entsprechenden Tabellen sind insoweit überholt bzw. nicht vergleichbar. Generell zu bedenken ist bei *Tabelle 4 und 5* auch, dass die vierteljährliche Verdienststatistik in der Regel nur Betriebe ab zehn Beschäftigte erfasst, also ein gewichtiges Beschäftigungssegment innerhalb der Gesamtwirtschaft außen vor bleibt.

Ansonsten bestätigen *Tabelle 4 und 5* den oben schon erwähnten Eindruck, dass der 2008 beendete Aufschwung die Lohnentwicklung noch begünstigt hat. Zum kleineren Teil haben Arbeitszeitverlängerungen, zum größeren Teil aber die auf die Effektivlöhne durchschlagenden Tarifierhöhungen zu einer Lohnsteigerung in fast allen Beschäftigungsverhältnissen und Wirtschaftsbereichen beigetragen. Im Westen bleibt die durchschnittliche Erhöhung der Stundenlöhne mit und ohne Sonderzahlungen allerdings in der Regel zwischen 2,5 % und 3 %, in Ostdeutschland immerhin häufig zwischen 3 % und 4 %. Letzteres hat auch das ostdeutsche Lohnniveau geringfügig stärker an das westdeutsche Lohnniveau herangeführt.

Allerdings sind die Lohnrückstände zwischen Ost und West mit 27,5 % für die Gesamtwirtschaft immer noch außerordentlich groß. Und es fallen ebenso die nach wie vor bestehenden Verdienstunterschiede zwischen Vollzeit und Teilzeit sowie zwischen Männern und Frauen im selben Wirtschaftsbereich wie auch zwischen den Wirtschaftsbereichen ins Auge.¹ Geschlechtsspezifische Verdienstlücken zu Lasten der Frauen machen sich übrigens – so eine WSI-Studie für das Bundesfrauenministerium – häufig schon beim Berufseinstieg bemerkbar und signalisieren anhaltende Diskriminierungen „von der

¹ Für über die Durchschnittswerte hinausgehende Details, auch in Abhängigkeit von Branchen- und Qualifikationsmerkmalen, vgl. Statistisches Bundesamt (2009b, 2009c).

Tabelle 4: Effektive Arbeitseinkommen in Westdeutschland 2008 (brutto) – Ergebnisse der Verdienststatistik¹⁾ für verschiedene Beschäftigungsverhältnisse (Monatsdurchschnitte)

Wirtschaftsbereich/ Beschäftigungsverhältnis	Beschäftigte		Bezahlte Wochen- arbeitsstunden Std.	Bezahlung % ³⁾	Monatsverdienst ohne Sonderzahlungen		Monatliche Sonderzahlung ⁵⁾		Stundenverdienst ohne Sonderzahlung mit Sonderzahlung				
	% ²⁾	% ³⁾			€	% ³⁾	€	% ³⁾	€	% ³⁾	€	% ³⁾	
Produzierendes Gewerbe													
Vollzeit	alle	27,1	-0,8	38,4	0,0	3.312	2,5	419	4,0	19,87	2,5	22,38	2,7
	Männer	22,7	-0,8	38,5	0,0	3.437	2,5	440	4,2	20,55	2,5	23,18	2,7
	Frauen	4,5	-0,7	37,7	-0,1	2.681	2,5	312	2,2	16,37	2,5	18,27	2,5
Teilzeit	alle	2,1	-1,4	23,7	1,0	1.619	3,7	180	6,0	15,74	2,7	17,49	2,9
	Männer	0,3	-5,3	24,9	-0,5	1.971	4,2	258	14,3	18,21	4,8	20,60	5,9
	Frauen	1,8	-0,7	23,5	1,4	1.559	3,8	167	4,3	15,29	2,4	16,93	2,5
Minijob	alle	2,1	-0,8	-	-	305	-0,2	-	-	-	-	-	-
	Männer	0,8	-0,6	-	-	302	-0,7	-	-	-	-	-	-
	Frauen	1,3	-0,9	-	-	307	0,1	-	-	-	-	-	-
Dienstleistungen													
Vollzeit	alle	41,6	-1,0	39,3	0,2	3.148	2,6	325	4,8	18,43	2,4	20,33	2,6
	Männer	26,1	-1,0	39,6	0,2	3.392	2,6	377	5,0	19,71	2,4	21,90	2,6
	Frauen	15,5	-1,1	38,8	0,2	2.737	2,6	238	4,4	16,22	2,4	17,63	2,5
Teilzeit	alle	16,6	-0,7	23,7	0,8	1.559	2,7	117	6,1	15,15	2,9	16,28	3,2
	Männer	2,3	-4,2	24,7	1,0	1.646	3,9	115	9,3	15,36	2,9	16,44	3,2
	Frauen	14,3	-0,1	23,5	0,8	1.545	2,5	117	5,5	15,11	1,7	16,26	1,9
Minijob	alle	10,5	-3,4	-	-	269	1,4	-	-	-	-	-	-
	Männer	3,7	-2,2	-	-	256	0,1	-	-	-	-	-	-
	Frauen	6,8	-4,1	-	-	277	2,1	-	-	-	-	-	-
Insgesamt													
Westdeutschland ⁴⁾		100,0		35,7	0,2	2.861	2,5	311	4,6	18,45	2,3	20,46	2,5
Deutschland ⁴⁾		-		35,9	0,2	2.775	2,7	289	4,5	17,79	2,5	19,64	2,6

1) „Arbeitnehmerverdienste“ in der Fachserie 16, Reihe 2.1 des Statistischen Bundesamts: Verdienste und Arbeitskosten. –

2) Anteil an allen in der Verdienststatistik erfassten Beschäftigten. –

3) Veränderung gegenüber dem Vorjahr. –

4) Arbeitszeit und Verdienste ohne Minijobber. –

5) Minijobber erhalten per se keine Sonderzahlungen (oder sie werden auf den Verdienst angerechnet.)

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009 (Verdienststatistik).

WSI MITTEILUNGEN

ersten Arbeitsstunde“ an (Bispinck et al. 2008). Eine ganz besondere Problematik signalisieren auch die Arbeitseinkommen der Minijobber, die vermutlich weit mehr als die früher gesetzlich vorgegebene maximale Anzahl von 15 Stunden pro Woche arbeiten müssen und daher einen sehr niedrigen effektiven Stundenlohn beziehen dürften – den das Statistische Bundesamt aber mangels Erhebung der Arbeitszeit der Minijobber nicht ausweist. Die Spreizung der Arbeitseinkommen hinter diesen Durchschnittslöhnen hat sich übrigens weiter erhöht. Zumindest für den unteren Bereich liefert das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg-Essen hier entsprechende Belege für das Jahr 2007 auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) (Kalina/Weinkopf 2009).

Für die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitnehmerverdienste im Jahr 2009 liegen vom Statistischen Bundesamt bisher Angaben für das erste Halbjahr vor. Danach stiegen in ganz Deutschland die Monatsverdienste im 1. Quartal (bzw. 2. Quartal) gegenüber dem Vorjahresquartal nur noch um 1,5 % (0,9 %) bei der Grundvergütung ohne Sonderzahlungen. Ein-

schließlich Letzterer nahmen die Monatsverdienste nur noch um 0,4 % zu bzw. sanken im 2. Quartal sogar um 1,0 %, weil sich Rückgänge bei den Sonderzahlungen wie bei den Arbeitszeiten bemerkbar machten. Nach Abzug des jeweiligen Verbraucherpreisanstiegs bedeutete dies real zunächst einen Lohnverlust von 0,4 % und später von 1,2 %. Allerdings verbirgt sich hinter diesen Durchschnittswerten eine recht differenzierte Branchenentwicklung (Statistisches Bundesamt 2009d, 2009e).

3 Die personelle Vermögensverteilung

Zur personellen Einkommensverteilung auf der Ebene privater Haushalte gab es in letzter Zeit keine wesentlich neuen empirischen Informationen. Die Ergebnisse der 2008 erhobenen Einkommen- und Verbrauchstichprobe des Statistischen Bundesamtes liegen noch nicht vor. Deswegen fokussieren sich viele aktuelle Publikationen darauf, die bekannten Daten über die

große und gewachsene Ungleichheit in Deutschland und deren Folgen zusammenzufassen.² Allerdings gab es auch erneut Versuche, etwa des Instituts der Deutschen Wirtschaft (z. B. IW 2009), die Ungleichheit schönzureden und insbesondere dem Sozialstaat zu bescheinigen, er würde die gestiegene Marktungleichheit über Steuern und Transfers noch erfolgreich ausgleichen (zur ausführlichen Kritik daran vgl. Schäfer 2009).

Wie fragwürdig solche Beschönigungen sind, lässt sich allein schon aus den makroökonomischen Einkommensdaten ableiten, wenn man etwa die Verteilung der absoluten Zuwächse des Volkseinkommens in Euro auf die Faktoren „Arbeit“ und „Kapital“ seit 1991 oder seit 2000 bis heute betrachtet, erst recht nach Abzug von direkten Steuern und Beiträgen. Dann sind die Zuflüsse für den relativ kleinen Personenkreis mit Kapitaleinkommen deut-

² Vgl. ausführlich, insbesondere zu privater Armut: Becker/Hauser (2009a); Huster et al. (2008); Goebel et al. (2008); Hans-Böckler-Stiftung/Ludwig-Preller-Stiftung (2009); speziell zur Kinderarmut: OECD (2009); Hübenal (2009).

Tabelle 5: Effektive Arbeitseinkommen in Ostdeutschland 2008 (brutto) – Ergebnisse der Verdienststatistik¹⁾ für verschiedene Beschäftigungsverhältnisse (Monatsdurchschnitte)

Wirtschaftsbereich/ Beschäftigungsverhältnis	Beschäftigte		Bezahlte Wochenarbeitsstunden		Monatsverdienst ohne Sonderzahlungen		Monatliche Sonderzahlung ⁵⁾		Stundenverdienst						
	% ²⁾	% ³⁾	Std.	% ³⁾	€	% ³⁾	€	% ³⁾	ohne Sonderzahlung			mit Sonderzahlung			
									€	% ³⁾	% ⁶⁾	€	% ³⁾	% ⁶⁾	
Produzierendes Gewerbe															
alle	27,9	0,7	39,6	0,2	2.280	3,2	174	0,3	13,26	3,1	66,7	14,27	2,8	63,8	
Vollzeit															
Männer	22,0	0,5	39,6	0,1	2.366	3,4	182	2,0	13,74	3,2	66,9	14,79	3,1	63,8	
Frauen	5,9	1,2	39,4	0,3	1.959	2,6	148	-6,7	11,45	2,4	70,0	12,32	1,7	67,4	
Teilzeit															
alle	1,5	0,4	29,0	0,6	1.235	1,0	62	-13,9	9,79	0,4	62,2	10,28	-0,4	58,8	
Männer	0,3	-6,0	28,0	1,4	1.539	-3,9	96	-30,8	12,65	-5,2	69,5	13,43	-7,3	65,2	
Frauen	1,2	1,8	29,3	0,3	1.172	3,0	55	-3,8	9,22	2,7	60,3	9,66	2,3	57,1	
Minijob															
alle	1,1	-5,3	-	-	559	2,7	-	-	-	-	-	-	-	-	
Männer	0,5	-0,7	-	-	260	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-	
Frauen	0,6	-3,8	-	-	258	1,1	-	-	-	-	-	-	-	-	
Dienstleistungen															
alle	43,8	-1,0	39,6	0,3	2.527	4,0	166	6,6	14,70	3,7	79,8	15,67	3,9	77,1	
Vollzeit															
Männer	23,4	-0,6	29,9	0,3	2.575	3,5	168	6,0	14,85	3,2	75,3	15,82	3,4	72,2	
Frauen	20,4	-1,4	39,1	0,2	-	-	163	7,3	14,54	4,4	89,6	15,50	4,5	87,9	
Teilzeit															
alle	18,1	0,0	28,8	0,3	1.604	4,2	95	4,5	12,84	3,9	84,8	13,60	3,9	83,5	
Männer	2,2	0,1	28,8	-0,3	1.615	4,1	88	2,3	12,92	4,3	84,1	13,62	4,2	82,8	
Frauen	15,9	ß.ß	28,7	0,4	1.603	4,2	96	4,7	12,83	3,8	84,9	13,60	3,9	83,6	
Minijob															
alle	7,6	-9,4	-	-	196	7,5	-	-	-	-	-	-	-	-	
Männer	3,0	-9,9	-	-	191	7,9	-	-	-	-	-	-	-	-	
Frauen	4,6	-9,1	-	-	198	7,2	-	-	-	-	-	-	-	-	
Insgesamt															
Ostdeutschland ⁴⁾	100,0	-	37,2	0,2	2.247	3,7	135	3,9	13,89	3,5	75,3	14,83	3,5	72,5	
Deutschland ⁴⁾	-	-	35,9	0,2	2.775	2,7	289	4,5	17,79	2,5	-	19,64	2,6	-	

1) „Arbeitnehmergehälter“ in der Fachserie 16, Reihe 2.1 des Statistischen Bundesamts: Verdienste und Arbeitskosten. –
 2) Anteil an allen in der Verdienststatistik erfassten Beschäftigten. –
 3) Veränderung gegenüber dem Vorjahr. –
 4) Arbeitszeit und Verdienste ohne Minijobber. –
 5) Minijobber erhalten per se keine Sonderzahlungen (oder sie werden auf den Verdienst angerechnet). –
 6) Relation des ostdeutschen Verdienstniveaus zum jeweiligen westdeutschen Niveau in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009 (Verdienststatistik). Berechnungen des Autors.

WSI MITTEILUNGEN

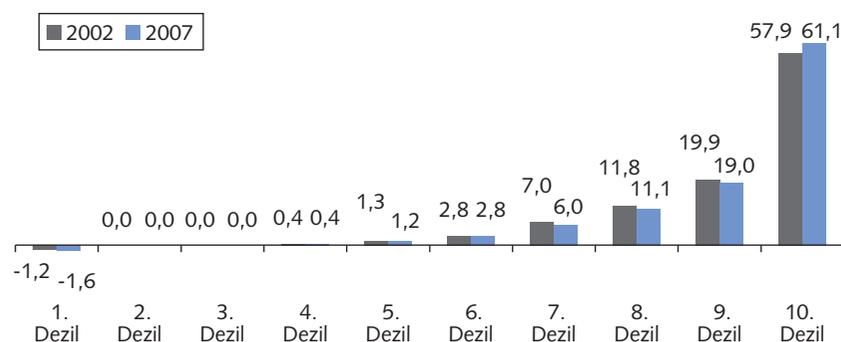
lich größer als die Zuflüsse an die vielen Personen mit Einkommensquellen aus Arbeit; seit 2000 sogar fast doppelt so groß (VGR bzw. Statistisches Bundesamt 2009a).

Dass es „viel Zuwachs für Wenige“ gibt, wird noch plastischer, wenn man von den ungleichen Einkommen und der damit verbundenen ungleichen Sparfähigkeit auf die noch ungleichere Vermögensverteilung schaut – wie es das Deutsche Institut für

Wirtschaftsforschung (DIW) im Rahmen eines noch laufenden und von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekts in einem veröffentlichten Zwischenbericht getan hat (Abbildung 1; Frick/Grabka 2009).³ Das DIW wertet hier eine Zusatzerhebung des SOEP von 2002 und 2007 aus, in der – anders als in der Einkommens- und Verbrauchstichprobe des Statistischen Bundesamts – zuverlässiger

nach dem individuellen Vermögen bei jedem einzelnen Haushaltsmitglied über 17 Jahre gefragt wurde. Angesichts der freiwilligen Teilnahme an der Befragung – wie auch der Nicht-Befragung jüngerer Haushaltsmitglieder, die durch Erbe oder Schenkung von reichen Eltern und Verwandten schon zu individuellem Vermögen gekommen sein könnten –, gibt auch diese Analyse nur die Untergrenze der Vermögenskonzentration an. Aber Letztere ist eindrucksvoll genug: Vom privaten Vermögen in Deutschland nach Abzug aller Schulden besitzt die „untere“ Hälfte der deutschen (erwachsenen) Bevölkerung per Saldo fast nichts; 10 % aus dieser Gruppe (das unterste Dezil) haben sogar nur negatives Vermögen bzw. Schulden. Auf der anderen Seite konzentriert die „obere“ Bevölkerungshälfte fast das gesamte private Netto-Vermögen auf sich, darunter allein die obersten 10 % fast zwei Drittel davon. Besonders bemerkenswert ist: Innerhalb der beobachteten fünf Jahre haben nur die obersten oder

Abb. 1: Polarisierung in Deutschland: Verteilung des individuellen Nettovermögens auf Personen-Dezile 2002 und 2007 – in % des Nettogesamtvermögens –



Basis: Personen in Privathaushalten im Alter ab 17 Jahren.
 Quelle: DIW 2009 (SOEP), Darstellung des Autors.

WSI MITTEILUNGEN

3 Der ausführliche Endbericht zum Projekt wird zur Jahreswende 2009/10 erscheinen.

reichsten 10 % ihre Vermögensposition verbessern können, und zwar um gleich drei Prozentpunkte.⁴ Unter den Bedingungen eines Sozialstaats, der die Ungleichheiten der Markteinkommen weitgehend ausgleicht – so die oben erwähnte IW-Behauptung über die Umverteilungseffizienz – wäre eine solche Vermögenskonzentration nicht Realität geworden (vgl. hierzu auch Kadritzke in diesem Heft).

Nun könnte man argumentieren, dass „der Markt“ nach 2007 zumindest die ungleiche private Vermögensverteilung korrigiert, weil die internationale Finanzkrise die Einkommens- und Vermögensreichen mit Verlusten „bestraft“. Doch substantiell werden solche Hoffnungen oder Befürchtungen nicht eintreten. Die Verluste bei Gewinn- und Vermögenseinkommen sind zwar 2008 und 2009, soweit aktuell belegbar, durchaus kräftig. Aber schon die Verluste beim Vermögensbestand selbst sind bereits heute zu relativieren, soweit sie auf Buchverlusten bzw. Marktwertkorrekturen nach unten beruhen. Denn diese können mittelfristig und langfristig wieder durch Wertsteigerungen ausgeglichen sein, wenn die Vermögensbesitzer Zeit haben – und zusätzlich auch politische Hilfe erfahren. Nach einer Analyse der Deutschen Bundesbank (2009c, S. 41f.) büßten die privaten Haushalte durch Wertberichtigungen bei Aktien und anderen Kapitalmarktpapieren 2008 brutto 260 Mrd. € ein und netto, d.h. nach Abzug der 2008 neu entstandenen 120 Mrd. Ersparnisse in Geldvermögensformen, immerhin noch 140 Mrd. € – etwa viermal so viel wie 2002 beim Platzen der New-Economy-Blase an den Aktienmärkten.

Aber das private Finanzvermögen beträgt nach wie vor 4.400 Mrd. €. 1991 waren es noch 1.900 Mrd. €, was zeigt, dass es mit Ausnahme der Jahre 2002 und 2008 kräftig gestiegen ist. Und schließlich stand im Vorjahr dem Rückgang beim Finanzvermögen ein leichter Anstieg des Sachvermögens bei konstanter Verschuldung der privaten Haushalte gegenüber. Anders ausgedrückt: Ende 2008 betrug pro privatem Haushalt das durchschnittliche Gesamtvermögen oder Reinvermögen nach Abzug der Schulden 206.000 €; Ende 2007 waren es 208.000 €. Natürlich streut hinter den Vermögensverlusten die Betroffenheit der einzelnen Haushalte und Personen erheblich. Auch mancher Milliardär wird unter Umständen wieder zum „Tellerwäscher“ oder eher doch „nur“ zum Millionär (Frankfurter Rundschau 2009). Aber sol-

che Betroffenheiten sind zum Teil sicher lediglich vorübergehend. Dafür kann z. B. schon der politische „Banken-Schutzschirm“ der letzten Bundesregierung sorgen, der unter den von Verlust bedrohten und betroffenen Anlegern auch Reiche schützt, wie z. B. die vom entsprechenden Prüfungsausschuss des Bundesstags verheimlichte und von der Presse veröffentlichte Kreditgeberliste der Hypo Real Estate gezeigt hat (Schumann 2009).

4

Verteilung und Wachstum: eine verkannte Beziehung

Wie viel zusätzliche öffentliche „Wiederaufbauhilfe“ für verlorenes Einkommen und Vermögen noch kommen wird, um Verluste mit der Zeit zu relativieren oder zu kompensieren, hängt wesentlich von der konkreten Politik der neuen Bundesregierung ab, die bereits viele solcher Hilfen in Aussicht gestellt hat: Fast alles, was die neue Bundesregierung bisher beschließt oder ins Auge fasst, atmet nicht nur ein „Weiter so“ mit der Umverteilung von unten nach oben, sondern sogar ein „Erst recht und schärfer noch“. Da wirkt die beschlossene Erhöhung des Schonvermögens für Hartz-IV-Empfänger wie eine Vorab-Beruhigungspille für die Öffentlichkeit in der zynischen Gewissheit, dass die meisten potenziellen Hartz-IV-Empfänger ohnehin kaum Vermögen haben dürften (vgl. Abschnitt 3).

Aber warum „schärfer weiter so“? Es sprechen doch immer mehr Indizien dafür, dass die ungleiche Verteilung schon vor der Krise das deutsche Wachstum belastet, private und öffentliche Armut erzeugt und selbst die private Investitionsfähigkeit gedämpft hat; dass die deutsche wie die international ebenfalls gestiegene Ungleichheit vor allem die Geldvermögensbildung von Privaten sowie Unternehmen gefördert und die Spekulation angeheizt hat. Kurzum: dass die Ungleichheit für die Krise mitverantwortlich ist (so auch Kadritzke in diesem Heft). Zusätzlich ist die ungleiche Verteilung in Deutschland eine wesentliche Ursache dafür, dass sich hierzulande auch der Ausweg aus der Krise so schwierig gestaltet: Sie hat den Export durch Entlastung von Löhnen, Kosten und Steuern „übergewichtig“ und anfällig gemacht und gleichzeitig die potenziell heilende Binnennachfrage geschwächt.

Mit anderen Worten: Deutschland hat schon lange vor der Krise einen sehr hohen Preis für seine ungleiche Verteilung gezahlt. Und der wird in und nach der Krise wahrscheinlich noch größer ausfallen, weil zu öffentlicher und privater Einkommensarmut weiter niedriges oder gar negatives Wachstum hinzukommt – mit gleichzeitig geringer privater Investitionstätigkeit, hoher Arbeitslosigkeit, andauernden Bildungs- und Infrastrukturdefiziten. Es sei denn: Die Politik sieht ein, dass sich die selbst produzierte Ungleichheit weder gelohnt hat noch lohnen wird, und wäre entgegen ihrer offenbar festen programmatischen Grundposition bereit, eine andere Verteilungspolitik einzuschlagen.

Auf diesen grundlegenden und empirisch belegbaren (*Tabelle 6*) Zusammenhang zwischen Verteilung und Wachstum – also dass Verteilungsungleichheit wachstumshemmend wirkt, während eine gleichere Verteilung größeres Wachstum erzeugt –, wird in den WSI-Verteilungsberichten seit Jahren hingewiesen. Seit der Finanzmarktkrise wird diese Position auch in der internationalen ökonomischen Debatte zunehmend vertreten.⁵ Aber im deutschen Ökonomie-Mainstream findet diese Einsicht offenbar bis heute kaum Widerhall, wie u.a. die jüngsten Äußerungen des Sachverständigenrats (2009) oder die „Herbstprognose“ der im Auftrag des Bundesfinanzministeriums tätigen Forschungsinstitute (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2009) zeigen. Sie plädieren in der Hauptsache wieder für mehr Haushaltskonsolidierung, Kostendämpfung usw. Der Trade-off zwischen mehr Ungleichheit und weniger Wachstum findet aber vor allem immer noch keinen Eingang in die verantwortliche deutsche Politik, wie die schwarz-gelben Regierungspläne zeigen. Deshalb wird Deutschland aus der Krise mit eigener Kraft – d.h. ohne einen (derzeit nicht erwartbaren) neuen weltwirtschaftlichen Aufschwung – nicht herauskommen. Schlimmer noch: Wenn die Pläne der neu gewählten Regierung umgesetzt werden, wird Deutschland noch tiefer in die Krise

⁴ Zu den Allerreichsten darunter vgl. ausführlich Groh-Samberg (2009).

⁵ Vgl. z. B. die bei Horn et al. (2009) zusammengefassten Stellungnahmen oder Stiglitz Commission (2009). Denselben Zusammenhang bestätigt auch eine makroökonomische Simulationsrechnung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung (Joebges et al. 2009) auf prognostischer Basis.

**Tabelle 6: Das Wachstum in der EWU 1998/99–2006:
Welche Verteilungspolitik ist erfolgreicher?**

	Inflationsrate (HVPI) p. a. in %	Reales BIP- Wachstum p. a. in %	Kumulierte Veränderung der Inlandsnachfrage in %	Veränderung des Außenbeitrags in % des BIP
EWU	2,1	1,9	–	–
Belgien	2,2	2,1	16,7	–1,3
Deutschland	1,6	1,3	5,3	3,7
Finnland	1,5	3,0	25,2	–2,2
Frankreich	1,9	2,1	21,9	–4,0
Griechenland	3,4	4,1	39,0	0,7
Irland	3,7	6,7	60,6	–0,5
Italien	2,4	1,2	13,0	–3,5
Luxemburg	2,7	4,6	38,1	n. a.
Niederlande	2,4	1,6	14,4	3,6
Österreich	2,0	1,9	13,4	3,5
Portugal	3,1	1,4	12,1	0,8
Spanien	3,4	3,5	43,3	–6,1

Quelle: Prieue (2007).

WSI MITTEILUNGEN

gezogen werden. Und selbst ein neuer globaler Aufschwung muss nicht gleichbedeutend sein mit einem neuerlichen deutschen Exporterfolg: Weil die Defizitländer sich möglicherweise mehr als früher gegen den „aggressiven“ Export-Weltmeister und seine verteilungspolitisch bedingt sinkenden Lohnstückkosten wehren; weil der Wechselkurs des Euro steigt; weil die Finanzkrise weltweite Handelsnetzwerke dauerhaft gestört hat (Godart et al. 2009). Die tragische Absurdität eines weiterhin auf den Export setzenden deutschen „Modells“ könnte also darin bestehen, dass die politisch forcierten sinkenden Lohnstückkosten auf Dauer eben nicht der Schlüssel zum Wachstum, sondern sogar zum Misserfolg des Exports selbst werden.

Aber vielleicht ist die Koalitionsvereinbarung „flexibel“; die ersten Auslegungstreitigkeiten deuten es zumindest an. Deshalb sollen hier – neben der „großen“ Option einer generellen verteilungspolitischen Wende – im Folgenden auch einzelne konkrete Handlungsoptionen vorgestellt werden, die die Bundesregierung teilweise sogar ohne Haushaltsmittel umsetzen könnte, um doch noch Binnennachfrage, Verteilungsgerechtigkeit und Wachstum gleichzeitig zu stärken.

5

Politische Alternativoptionen

Eine Option wird der Bundesregierung ausgerechnet vom Bundesverfassungsge-

richt (BVG) geliefert, das in wenigen Monaten ein Urteil zur Grundsicherung von Kindern – und vielleicht auch zur Grundsicherung von Erwachsenen – sprechen und vermutlich zumindest Hartz IV verändern wird. Insofern könnte es klug sein, die von der neuen Regierungskoalition angedachten Pläne bis zum BVG-Urteil auf Eis zu legen. Hierzu zählen: Erhöhung von Kinderfreibeträgen, Aufstockung des Kindergeldes und schließlich sogar die Einführung eines „Begabten“-Stipendiums unabhängig vom Elterneinkommen der Studierenden.

Denn schon heute – und nach Realisierung solcher Pläne erst recht – profitieren die Kinder von Eltern mit hohem Einkommen vom Sozialstaat am meisten. Sie erzielen wegen der steuerlich abzugsfähigen Kinderfreibeträge vom Elterneinkommen (Grundfreibetrag 324 € und Freibetrag für Erziehung, Ausbildung und Betreuung 180 €) eine maximale Steuerersparnis entsprechend der für 504 € vermiedenen Spitzensteuerbelastung von fast 250 € pro Kind und Monat. Das Kindergeld für andere erwerbstätige Eltern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen liegt auch nach der letzten Erhöhung deutlich darunter – und würde auch nach den erwähnten Regierungsplänen darunter bleiben. Höher als das Kindergeld, aber für jüngere Kinder bis zu sechs Jahren immer noch viel niedriger als 250 €, sind die entsprechenden Hartz-IV-Regelsätze von 215 € pro Kind und Monat seit dem 1.7.2009.

Tatsächlich ist dieser Abstand nach wie vor quantitativ wie qualitativ erheblich, wenn man weitere Elemente des bestehenden Kinderlastenausgleichs in den Blick

nimmt: So prüft das Finanzamt in den Einkommensteuererklärungen bei höheren Einkommen automatisch, ob Kinderfreibeträge für die Eltern günstiger sind als Kindergeld. Hier betätigt sich ein „aktiver“ Sozialstaat gegenüber Nichtbedürftigen als Erfüller einer öffentlichen „Bringschuld“. Bei sehr niedrigen Elterneinkommen dagegen hängen Hartz-IV-Leistungen von einem vorangegangenen Antrag der Eltern ab. Ein solcher Antrag unterbleibt aber häufig aus Unkenntnis (z. B. über evtl. ergänzende Hartz-IV-Leistungen bei niedrigen Erwerbseinkommen) oder aus Scham und erzeugt so eine hohe Dunkelziffer von zwar Anspruchsberechtigten, aber faktisch leer ausgehenden Bedürftigen. Hier tritt ein „passiver“ Sozialstaat auf, der auf die „Holschuld“ seiner Bürger wartet, obwohl er Ausmaß und Problematik der Dunkelziffer kennt. Hinzu kommt, dass die steuerlichen Absetzmöglichkeiten von Beziehern hoher Einkommen nicht mit den Kinderfreibeträgen enden. Sie können – wenn sie Tagesmutter oder Privatlehrer für häusliche Betreuung engagieren oder ihre Kinder auf eine mit Schulgeld verbundene Privatschule geben – zusätzlich mehrere Tausend Euro für die entsprechenden Kosten jährlich von der Steuer absetzen.

5.1 EIN NEUER KINDERLASTEN- AUSGLEICH

Dieses ungerechte – und angesichts der großen Kinderarmut auch offensichtlich ineffiziente – System gehört vom Kopf auf die Füße gestellt. Deshalb sollte man allen Kindern unabhängig von Erwerbsstatus und Einkommenshöhe ihrer Eltern den Grundfreibetrag als laufende Geldleistung gewähren und zusätzlich den Geldwert des zurzeit gültigen Freibetrages für Erziehung, Ausbildung und Betreuung, zusammen also 504 € pro Monat. Richtig auf die Füße gestellt wird diese Leistung aber erst, wenn man sie mit dem Grenzsteuersatz des elterlichen Einkommens versteuert. Dann würde sie im Gegensatz zu heute bei den untersten Einkommen, die sie am meisten benötigen, ungeschmälert ankommen. Dagegen würden Einkommensmillionäre nur so viel für ihre Kinder erhalten, wie es ihrer maximalen Steuerersparnis entspricht, also genau so viel wie heute. Damit wäre im Sinn der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die vertikale wie die horizontale Gerechtigkeit gewahrt (Lenze 2007). Letztere verlangt vom Gesetzgeber, dass auch

der Einkommensmillionär mit Kindern besser gestellt wird als der ohne Kinder.

Entsprechende Vorschläge⁶ werden gerade im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung auf mikroökonomischer Ebene von *Becker* und *Hauser* simuliert. Sie wollen bestimmen, wie einzelne Familientypen vom Status quo bestehender Regelungen als auch von alternativen Lösungsvorschlägen (darunter auch Erhöhung des Kindergeldes, Verbesserung des Kinderzuschlags) betroffen sind. Auch die entsprechenden finanziellen Belastungen für die öffentlichen Haushalte werden durchgerechnet. Vorläufige Ergebnisse wurden bereits vorgelegt (*Becker/Hauser 2009b*); mit den endgültigen Ergebnissen ist im Frühjahr 2010 zu rechnen. Doch heute schon ist abzusehen, dass ein neuer Kinderlastenausgleich die öffentlichen Haushalte netto, d.h. nach Abzug der damit eingesparten heutigen Kinderleistungen (Kindergeld, Kinderleistungen im Hartz-IV-System, Kinderzuschlag, Kind bezogenes Wohngeld u.a.m.), etwa 30 Mrd. € zusätzlich kosten wird. Dieses Volumen ist nicht zuletzt auf die vom BVG formulierten Anforderungen zurückzuführen, dass der Gesetzgeber auch Gerechtigkeit gegenüber Kindern reicher Eltern üben muss. Jedenfalls würden 30 Mrd. € zusätzlich die Binnennachfrage dauerhaft stärken, Lebens- und Bildungschancen verbessern, die Arbeitsmarktfähigkeit fördern – und vielleicht auch die Bereitschaft zu mehr Familiengründungen –, wenn sie „richtig“ gegenfinanziert wären: durch mehr Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen.

5.2 MEHR REGULIERUNG – MEHR BINNENNACHFRAGE

Nun ist aber auch zu betonen, dass es gegen die Krise und für die Stärkung von Wachs-

tumskräften nicht nur auf zusätzlichen Einsatz öffentlicher Mittel ankommt. Auch staatliche Regulierungen können gerade langfristige Wachstumsimpulse vermitteln und gleichzeitig beschäftigungs-, sozial- und gesellschaftspolitische Stabilisierungsfunktion erfüllen. Dazu gehört z. B. die Einführung eines flächendeckenden nationalen Mindestlohns, den die Arbeitgeber zu zahlen haben und der den Sozialstaat sogar von ergänzenden Hartz-IV-Leistungen bei Niedriglöhnen entlasten würde. Dazu zählt auch die Dämpfung der privaten Mietnebenkosten, die in den letzten Jahren noch viel stärker gestiegen sind als die Kaltmieten. Beides zusammen hat die private Kaufkraft vor allem unterer Einkommenschichten geschwächt. Zumindest die Dämpfung der Mietnebenkosten wäre eine weit lohnenswertere Aufgabe als die geplante Dämpfung der Lohnnebenkosten, weil sie in Verbindung mit einer Neuordnung des Energiemarktes und einer Beschleunigung von Energieeinsparung auch zusätzliche Arbeitsplätze schaffen würde (*Jaeger et al. 2009*). Schließlich könnte eine Regulierung von Gewerbemieten gerade im Innenstadtbereich mittelständische Existenzen besser sichern, die Überwälzung von hohen Mietlasten auf noch niedrigere Löhne in den Einzelhandels- und Handwerksbetrieben mildern, Gewerbe-Leerstände und Fehlinvestitionen vermeiden und so auch Preisblasen im Immobiliensektor verhindern helfen. Lässt man aber die Restriktionen für die von Schwarz-Rot noch prinzipiell zugelassenen REITS (Real Estate Investment Trusts) fallen, wie bei Schwarz-Gelb gerade diskutiert wird, dann erzeugt man genau das Gegenteil: mehr Spekulation und Unsicherheit sowie über höhere Mietpreise weniger Binnennachfrage.

Die positiven Effekte „richtiger“ Regulierungen sollten nicht unterschätzt werden: Sie wirken über die davon wesentlich beeinflusste Binnennachfrage auch positiv auf die öffentlichen Haushalte zurück. Je mehr es – neben den direkt wirkenden öffentlichen Ausgaben – durch Regulierung gelingt, mit zusätzlicher Binnennachfrage die bisherige Exportnachfrage zu ersetzen, umso höher sind die öffentlichen Einnahmen. Denn der Export ist von der Mehrwertsteuer befreit, die Binnennachfrage nicht. Der vollständige Ersatz des letztjährigen Exportüberschusses würde 30 Mrd. € zusätzliche Steuereinnahmen ergeben. Diese quasi automatische Mehrwertsteuererhöhung wäre allemal jeder Steuersatzerhöhung bei der Mehrwertsteuer vorzuziehen, die eine weitere Beschneidung der Binnennachfrage bedeuten würde.

Aber wahrscheinlich ist die Hoffnung auf Klugheit, Lernbereitschaft und Mut der Politik – wie es sich vormals schon häufig gezeigt hat – nur begrenzt tragfähig. Selbst wenn die konkrete Umsetzung des Koalitionsvertrages abzuwarten bleibt: Der Eindruck gilt, dass das noch 2008 auch von konservativer Seite geteilte Erschrecken über die Krise und ihre Ursachen, darunter vor allem die soziale Ungleichheit, entweder geheuchelt war oder jeden Tag mehr vom „Weiter so“ verdrängt wird. Auf dieser Basis wird die Krise lange dauern, vielleicht gelegentlich gemildert von einem müden nationalen Wachstum – das allerdings selbst bei wieder anziehender Weltkonjunktur nicht mehr sicher ist.

⁶ Bündnis Kindergrundsicherung (2009). Ähnlich argumentieren Bündnis gegen Kinderarmut (2009) sowie Bundesjugendkuratorium (2009).

LITERATUR

Becker, I./Hauser, R. (2009a): Soziale Gerechtigkeit – ein magisches Viereck. Zieldimensionen, Politikanalysen und empirische Befunde: Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 104, Berlin

Becker, I./Hauser, R. (2009b): Familienleistungsausgleich: Systematische Gegenüberstellung aktueller Reformvorschläge, in: Arbeitspapier des Projekts „Soziale Gerechtigkeit“ 6, Teilprojekt „Vom Kindergeld zu einer Grundsicherung für Kinder“, gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung, Frankfurt am Main

Bispinck, R. (2009a): Tarifpolitischer Jahresbericht 2008: Tarifpolitik in der Finanzmarktkrise, in: WSI-Mitteilungen 4, S. 210–217

Bispinck, R. (2009b): Tarifpolitischer Halbjahresbericht: Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2009, in: WSI-Mitteilungen 8, S. 432–438

Bispinck, R./Dribbusch, H./Öz, F. (2008). Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede nach dem Berufsstart und in der ersten Berufsphase. Eine Analyse von Einkommensdaten auf Basis der WSI-LohnSpiegel-Datenbank in Deutschland und im Europäischen Vergleich, WSI-Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Düsseldorf

- Brenke, K.** (2009): Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig, in: Wochenbericht des DIW 33, S. 550–560
- Bundesjugendkuratorium** (2009): Kinderarmut in Deutschland: Eine drängende Handlungsaufforderung an die Politik – Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums, München, download: <http://www.Bundesjugendkuratorium.de/Positionen.html>
- Bündnis gegen Kinderarmut (NRW-Landesverbände von AWO, DGB, GEW, Deutscher Kinderschutzbund und Der Paritätische)** (2009): Memorandum Kinderarmut – Politische Forderungen zur Bekämpfung der Kinderarmut, Pressemappe zur Landespressekonferenz NRW am 18. August, Düsseldorf
- Bündnis Kindergrundsicherung (Bundesverbände von AWO, Zukunftsforum Familie, Pro Familia, Deutscher Kinderschutzbund, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)** (2009): Bündnis fordert 500 Euro Kindergrundsicherung, Pressemitteilung und Pressematerialien zur Bundespressekonferenz am 14.4., download www.zff-online.de
- Deutsche Bundesbank** (2009a): Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2007, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1, S. 33–57
- Deutsche Bundesbank** (2009b): Die Ertragslage der Deutschen Kreditinstitute im Jahr 2008, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 9, S. 37–66
- Deutsche Bundesbank** (2009c): Geldpolitik und Bankgeschäft, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 5, S. 26–45
- Deutsche Bundesbank** (2009d): Kleine und mittelgroße Unternehmen in Deutschland gut für die Krise gewappnet, Pressenotiz vom 12. August 2009, Frankfurt a. M., download: <http://www.bundesbank.de/download/presse/presnotenizen/2009/20090812.kmu.php?print>
- Frankfurter Rundschau** (2009): Immer weniger Superreiche – Krise dezimiert Zahl deutscher Milliardäre, Ausgabe vom 7.10.
- Frick, J. R./Grabka, M. M.** (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: Wochenbericht des DIW 4, S. 54–67
- Godart, O./Görg, H./Görllich, D.** (2009): Back to Normal? The Future of Global Production Networks after the Crisis, in: Policy Brief des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) 9, Kiel
- Goebel J./Habich, R./Krause, P.** (2008): Einkommen – Verteilung, Armut und Dynamik, in: Datenreport 2009 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 163–172
- Groh-Samberg, O.** (2009): Sorgenfreier Reichtum: Jenseits von Konjunktur und Krise lebt nur 1 % der Bevölkerung, in: Wochenbericht des DIW 35, S. 590–597
- Hans-Böckler-Stiftung/Ludwig-Preller-Stiftung** (2009): Workshop: „Neues von der Verteilungsfront: Absturz in die Ungleichheit?“ am 10.2. in Frankfurt a. M.; download: http://www.boeckler.de/85_93500.html
- Horn, G./Dröge, K./Sturn, S./van Treeck, T./Zwiener, R.** (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III): Die Rolle der Ungleichheit, IMK-Report 41, Düsseldorf, download: http://www.boeckler.de/pdf/p_IMKreport_41_2009.pdf
- Hübenthal, M.** (2009): Kinderarmut in Deutschland. Empirische Befunde, kinderpolitische Akteure und gesellschaftspolitische Handlungsstrategien. Expertise im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts, München
- Huster, E.-U./Boeckh, J./Mogge-Grotjahn, H.** (Hrsg.) (2008): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, Wiesbaden
- Institut der Deutschen Wirtschaft (IW)** (2009): Umverteilung. Der soziale Ausgleich klappt, Anlage zur IW-Pressemitteilung 3 vom 7.1., Köln
- Jaeger, C. C./Horn, G./Lux, T.** (2009): Wege aus der Wachstumskrise. Eine Studie von European Climate Forum (ICF), Institut für Weltwirtschaft (IfW), Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Potsdam
- Joebges, H./Schmalzbauer, A./Zwiener, R.** (2009): Der Preis für den Exportweltmeister Deutschland: niedrige Löhne und geringes Wirtschaftswachstum, in: IMK-Study 4, Düsseldorf
- Kalina, T./Weinkopf, C.** (2009): Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen – zunehmende Bedeutung von Niedrigstlöhnen, IAQ-Report 5
- Lenze, A.** (2008): Die Verfassungsmäßigkeit eines einheitlichen und der Besteuerung unterworfenen Kindergelds. Rechtsgutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, Arbeitspapier 151 der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf
- OECD** (2009): Doing better for Children, Paris
- Priewe, J.** (2007): Makroökonomische Politik in Europa – Schwächen und Reformoptionen, in: Chaloupek, C./Hein, E./Truger, A. (Hrsg.): Ende der Stagnation? Wirtschaftspolitische Perspektiven für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa, Wien, S. 133–153
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose** (2009): Zögerliche Belebung – steigende Staatsschulden, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2009, in: IMK-Report 42
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** (2009): Vorrang für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte – Mitteilung für die Presse, 8. Oktober, Wiesbaden
- Schäfer, C.** (2008): Anhaltende Verteilungsdramatik – WSI-Verteilungsbericht 2008, in: WSI-Mitteilungen 11/12, S. 587–596
- Schäfer, C.** (2009): Soziale Polarisierung in Deutschland – Ein Mythos?, in: WISO direkt – Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Juli
- Schumann, H.** (2009): Die Geretteten (Die Liste der HRE-Kreditgeber unter dem „Banken-Schutzschirm“), in: Der Tagesspiegel vom 13.9., S. 22
- Statistisches Bundesamt** (2009a): Verdienste und Arbeitskosten – Arbeitnehmerverdienste 2008, Fachserie 16, Reihe 2.3, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt** (2009b): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Inlandsproduktberechnung, detaillierte Jahresergebnisse, Stand: August, Fachserie 18, Reihe 1.4, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt** (2009c): Verdienste und Arbeitskosten 2008. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 13. Mai in Berlin, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt** (2009d): 1. Quartal 2009: Reallöhne sinken um 0,4%, Pressemitteilung 231 vom 23.6., Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt** (2009e): 2. Quartal 2009: Kurzarbeit und geringere Sonderzahlungen führen zu sinkenden Nominal- und Reallöhnen, Pressemitteilung 354 vom 21.9., Wiesbaden
- Stiglitz Commission** (2009): Commission of Experts of the President of the United Nations Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial Systems, New York, download <http://www.un.org/ga/pressident/63/interactive/financialcrisis/preliminaryreport210509.pdf>